

Beschlüsse der Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften zur Gewerkschaftsorganisation und zur Neugestaltung der Wirtschaft 1946 bis 1948

Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Wirtschaft. Entschließung der II. Interzonenkonferenz am 18. und 19. Dezember 1946 in Hannover

Das Wohl der Werktätigen, die Sicherung des Friedens, die Freiheit der Persönlichkeit und die Demokratie kann nur dann gesichert werden, wenn der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft auf demokratischer Basis durch wirksamen, unmittelbaren Einfluß der Gewerkschaften und Betriebsräte erfolgt. Zwei Weltkriege haben den Beweis erbracht, daß die zum Krieg treibenden Kräfte in Deutschland in der Zusammenballung der Kapitalismächte in Monopolen, Kartellen, Konzernen und Trusts und in dem Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung zu suchen ist. Alle Versuche der Gewerkschaften seit 1919, die Demokratisierung der Wirtschaft mit Hilfe des Artikels 165 der Reichsverfassung von Weimar, des Betriebsrätegesetzes vom 20. Februar 1920 durchzusetzen, sind auf den schärfsten Widerstand des damaligen Reichverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gestoßen. Das einseitige Herrenrecht in der Wirtschaft blieb trotz der jahrelangen Arbeit und Bemühungen der Arbeitnehmerorganisationen aufrechterhalten.

Die Gewerkschaften fordern daher das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Zweigen der Wirtschaft. Für die Betriebsräte sind durch Abschluß entsprechender Betriebsvereinbarungen aufgrund des Kontrollratgesetzes Nr. 22 die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Produktion, der Kalkulation, Kontrolle und Warenverteilung. Die Entmachtung der Monopole, Kartelle und Konzerne gemäß den Potsdamer Beschlüssen ist dringend notwendig, damit eine dem Frieden dienende Nachkriegsproduktion für alle Zeiten gesichert ist.

Die Demokratie in allen Institutionen und Organen der Wirtschaft wie den Kammern für Handwerk, Industrie, Handel und Landwirtschaft wird für die Planung und Lenkung der paritätischen Mitarbeit der Gewerkschaften gefordert. Ohne die Verwirklichung dieser Mindestforderungen ist ein Neuaufbau der deutschen Bedarfsdeckung undenkbar. Die derzeitigen deutschen Wirtschaftsprobleme verlangen die Beseitigung der Zonengrenzen und damit die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands.

Aufbau der deutschen Gewerkschaften. Entschließung der III. Interzonenkonferenz vom 10. bis 12. Februar 1947 in Berlin

Seit dem völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands vollzieht sich der Neuaufbau der Gewerkschaften aufgrund der Anordnung der Besatzungsmächte und der verschiedenartig gelagerten Verhältnisse in den einzelnen Besatzungszonen nach ungleichen Prinzipien. Das gemeinsame Ziel muß auf die Bildung von Industriegewerkschaften und ihre Zusammenfassung zu einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung gerichtet sein.

Die Vertreter der Interzonenkonferenz sind überzeugt, daß die endgültige Form der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung eines neuen, einheitlichen Deutschlands weitgehend bestimmt wird. Die Sehnsucht der arbeitenden Massen äußert sich immer wieder in dem Willen nach einer starken Gewerkschaftsbewegung, die unter dem Gesetz religiöser Toleranz und parteipolitischer Neutralität steht. Die neuen Gewerkschaften werden ihre organisatorischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie der Wirtschaft und dem Staate gegenüber als ein unabhängiges Ganzes auftreten.

Gewerkschaften können nicht willkürlich gemacht werden, sie müssen vielmehr unter planmäßiger Lenkung zu leistungsfähigen Organisationen heranwachsen. Während die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorwiegend Aufgaben der Industrieverbände sind, bedingen die sozialen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse sowie die kulturelle Betreuung der Gewerkschaftsmitglieder eine enge organisatorische und finanzielle Zusammenfassung der Industrieverbände in einer großen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Um im Sinne dieser Leitsätze der gewerkschaftlichen Entwicklung den Weg zu ebnen, beschließt die Interzonenkonferenz die Einsetzung eines Organisationsausschusses. Dieser Ausschuss hat die organisatorischen Probleme zu klären und Vorschläge für Interzonenkonferenzen vorzulegen.

Zur Neugestaltung der Wirtschaft. Entschließung der IV. Interzonenkonferenz vom 6. bis 8. Mai 1947 in Garmisch-Partenkirchen

Das deutsche Volk leidet zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft unter den katastrophalen Folgen, die durch sie verursacht wurden. Als die größte Massenorganisation im deutschen Volke sind sich die Gewerkschaften ihrer besonderen Verantwortung für den Wiederaufbau des neuen demokratischen Deutschland bewußt. Daraus ergibt sich für sie Recht und Verpflichtung, ihre Auffassung und auch Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Dieses neue Deutschland muß auf gesichertem demokratischen Fundament erbaut werden und der Welt Garantien für ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern bieten. Das deutsche Volk darf sich dieser Pflicht nicht entziehen, nach Maßgabe seiner Kräfte und Mittel die von der Nazigewaltherrschaft in der Welt angerichteten Schäden wiedergutmachen zu helfen. Die Gewerkschaften machen aber darauf aufmerksam, daß für die Sicherung der Demokratie und des Friedens ausreichende Lebensmöglichkeiten und eine soziale, dauernde Befriedung aller Schaffenden die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Um diese Voraussetzungen in Deutschland zu schaffen, müssen die ökonomischen Verhältnisse neu geordnet werden. Dazu gehört:

1. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muß.
2. Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft. Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute.
3. Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung und Aufbau eines Systems von Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Organen sowie bei der Kontrolle des zentralen Amtes müssen die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein.
4. Die Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus, um die Versorgung des deutschen Volkes zu verbessern und die Wiedergutmachungsansprüche erfüllen zu können. Die Demontage von Industrieanlagen, die hierzu dienen können, muß eingestellt werden.
5. Die Aufstellung und Durchführung eines Export- und Importplanes sowie die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft mit dem Ziele, die wirtschaftliche Selbständigkeit Deutschlands wiederherzustellen. Größere Auslandskredite für Rohstoffe und Lebensmittel sind auf absehbare Zeit dazu notwendig.

6. Die Durchführung einer Bodenreform in Verbindung mit der Aufstellung eines einheitlichen Landwirtschaftsplanes, zur restlosen Bebauung und besseren Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaft unter angemessener Beteiligung der Gewerkschaften ist dabei sicherzustellen. Die Erfassung der für die Volksernährung notwendigen Agrarprodukte muß nach einem einheitlichen Ablieferungsplan mit einer durchgreifenden Kontrolle der Durchführung gewährleistet werden.

7. Die Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland nach erfolgter wirtschaftlicher Einheit. Mit der Reform muß ein gerechter Lastenausgleich unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen sowie eine tiefgreifende progressive Vermögensabgabe verbunden werden, Sachwerte und Geldvermögen sind dabei gleichzustellen.

Die Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften sieht mit Besorgnis, daß die am Hitlerregime und dem Kriege hauptverantwortlichen reaktionären und militärischen Kräfte, die im Monopolkapitalismus und der Verwaltung verankert waren, ihre Positionen zum Teil halten bzw. versuchen, sie zurückzugewinnen. Daher ist die sofortige Durchführung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen eine zwingende Notwendigkeit.

Die Gewerkschaften, die sich für den Frieden und den demokratischen Neuaufbau Deutschlands besonders verantwortlich fühlen und einsetzen, müssen durch ihren Zusammenschluß in ganz Deutschland zu einer einheitlichen Kraft werden.

Über die politische Stellung der Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den politischen Parteien. EntschlieÙung der VII. Interzonenkonferenz vom 3. bis 5. Februar 1948 in Dresden

Es ist Aufgabe der neuen deutschen Gewerkschaften, an der Herstellung eines geeinten Deutschlands durch den Wiederaufbau der Wirtschaft, der sozialen Gesetzgebung und eines neuen kulturellen Lebens wirtschaftlich und politisch maßgebend mitzuwirken. Die Wahrnehmung der Interessen aller Lohn- und Gehaltsempfänger bestimmt ihre Haltung bei der Mitwirkung in der Lösung solcher Aufgaben, die politischer Natur sind und die in ihrer Bedeutung über das Gebiet der engeren Wirtschafts- und Sozialpolitik hinausreichen.

Das politische Leben wird durch die politischen Parteien gestaltet und entwickelt. Die neuen deutschen Gewerkschaften können jedoch ihre Aufgaben nicht unbeeinflußt von dem politischen Geschehen erfüllen. Die Gewerkschaften betonen jedoch den Parteien gegenüber ihre volle Unabhängigkeit und bekennen sich zur parteipolitischen und religiösen Neutralität. Sie machen diesen Grundsatz der gegenseitigen Achtung und Toleranz ihren Mitgliedern, die sich ihr ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse, Partei und Glaubensbekenntnis angeschlossen haben, zur Pflicht.

Die Gewerkschaften erwarten von den politischen Parteien, daß sie in den politischen Körperschaften, den Parlamenten und Regierungen die gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen. Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den einzelnen Parteien bestimmen die Parteien selbst durch ihr Verhalten gegenüber den Gewerkschaften. Es wird von Fall zu Fall immer wieder davon beeinflußt werden, in welchem Maße die Parteien die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen bzw. sie zu ihren eigenen machen.

Die Gewerkschaften sind antifaschistisch und antimilitaristisch. Sie treten für Völkerfrieden, Völkerfreiheit und Völkerverständigung ein. Sie werden deshalb auch über die Grenzen Deutschlands hinaus alle Maßnahmen zu unterstützen bereit sein, die diesem hohen Ziele dienen.

Quelle: Versprochen – Gebrochen. Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften von 1946-1948, hrsg. vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf o. J., S. 166 f., 170, 173 f., 199.